

SCHRIFTLICHE ANFRAGE

des Abgeordneten **KO Mag. Markus Sint**
an **LH Günther Platter**

betreffend:

Welche Immobilien besitzen regierungsnahe, russische Personen in Tirol und wie kommen sie zu österreichischen Staatsbürgerschaften?

Mit dem Einmarsch Russlands in den souveränen Staat Ukraine und dem folgenden Krieg gegen die Ukraine hat Russland Völkerrecht gebrochen. Als Reaktion darauf hat die Europäische Union unter anderem Sanktionen gegen regierungsnahe, russische Personen und Unternehmen verhängt. Diese betreffen Geldtransfers, den Verkauf von Waren, die Bereitstellung von Dienstleistungen, die Verwaltung von Vermögen sowie die Bereitstellung anderer wirtschaftlicher Ressourcen. Die Sanktionen zielen auch auf eingesetzte „Strohleute“ der sanktionierten Personen und Unternehmen ab, also oftmals auf enge Familienmitglieder.

In den letzten Jahren haben zahlreiche Personen, Unternehmen und Stiftungen mit russischem Hintergrund Immobilien bzw. Tourismusunternehmen in Tirol erworben.

Aus diesem Sachverhalt ergeben sich folgende Fragen:

- 1.) Wie viele Immobiliendeals von Personen, Unternehmen und Stiftungen mit russischem Hintergrund in den Jahren 2000-2021 sind der Tiroler Landesregierung bekannt?
- 2.) In welchen Orten Tirols sind diese Immobiliendeals konkret von Statten gegangen?
- 3.) Um welche Art von Immobiliendeals, etwa Käufe von Hotels, Häusern, Wohnungen, Grundstücken etc., handelt es sich konkret?
- 4.) Wie sind diese Immobiliendeals angesichts des Tiroler Grundverkehrsgesetzes von Statten gegangen?

- 5.) Hat es Umgehungen des Tiroler Grundverkehrsgesetzes gegeben?
- 6.) Wie hat die Tiroler Landesregierung versucht, diese Umgehungsstrukturen zu verhindern?
- 7.) Sind diese Lücken im Grundverkehrsgesetz inzwischen geschlossen und damit diese Umgehungsstrukturen inzwischen beendet?
- 8.) Wenn ja, wie?
- 9.) Wenn nein, warum nicht?
- 10.) Wie ist die Tiroler Landesregierung in die Überprüfung der EU-Sanktionen eingebunden?
- 11.) Hat die Tiroler Landesregierung der Bundesregierung angeboten, die EU-Sanktionen in Tirol zu überprüfen?
- 12.) Wenn ja, wann und in welcher Form?
- 13.) Wenn nein, warum nicht?
- 14.) Unternimmt die Tiroler Landesregierung angesichts der EU-Sanktionen eigene Schritte zur Überprüfung?
- 15.) Wenn ja, welche konkret?
- 16.) Wenn nein, warum nicht?
- 17.) Um trotz der Schrecklichkeit des russischen Krieges gegen die Ukraine keinen Generalverdacht gegen russische Personen, Unternehmen und Stiftungen in Tirol aufkommen zu lassen, ist eine konsequente und transparente Überprüfung seitens der Tiroler Landesregierung das beste Gegenmittel. Warum verzichtet die Tiroler Landesregierung trotzdem darauf, eigene Überprüfungsschritte zu setzen?
- 18.) In Sölden, Obergurgl und Längenfeld sind insgesamt sieben Immobiliendeals von Personen, Unternehmen und Stiftungen mit russischem Hintergrund bekannt. Hat die Tiroler Landesregierung die Eigentümerstruktur/die Eigentümerstrukturen bzw. die wirtschaftlich Berechtigten hinter diesen Immo-Deals durchleuchtet?
- 19.) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- 20.) Wenn ja, wie viele Personen, Unternehmen und Stiftungen fallen dadurch unter die EU-Sanktionen?
- 21.) Wenn nein, warum nicht?
- 22.) Wenn nein, wird die Tiroler Landesregierung diese Immo-Deals jetzt angesichts der EU-Sanktionen durchleuchten?
- 23.) In St. Anton, Serfaus, Ried im Oberinntal und Prutz sind Immobiliendeals von Personen, Unternehmen und Stiftungen mit russischem Hintergrund bekannt. Hat die Tiroler Landesregierung die Eigentümerstruktur hinter diesen Immo-Deals durchleuchtet?
- 24.) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

- 25.) Wenn ja, wie viele Personen, Unternehmen und Stiftungen fallen dadurch unter die EU-Sanktionen?
- 26.) Wenn nein, warum nicht?
- 27.) Wenn nein, wird die Tiroler Landesregierung diese Immo-Deals jetzt angesichts der EU-Sanktionen durchleuchten?
- 28.) In Kitzbühel und Hopfgarten in Osttirol sind Immobiliendeals von Personen, Unternehmen und Stiftungen mit russischem Hintergrund bekannt. Hat die Tiroler Landesregierung die Eigentümerstruktur hinter diesen Immo-Deals durchleuchtet?
- 29.) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- 30.) Wenn ja, wie viele Personen, Unternehmen und Stiftungen fallen dadurch unter die EU-Sanktionen?
- 31.) Wenn nein, warum nicht?
- 32.) Wenn nein, wird die Tiroler Landesregierung diese Immo-Deals jetzt angesichts der EU-Sanktionen durchleuchten?
- 33.) Wie viele russische Staatsbürger haben in den Jahren 2001-2021 über die Abteilung Staatsbürgerschaft im Amt der Tiroler Landesregierung die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten?
- 34.) Als wesentliche Voraussetzung, um die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen, gilt ein *„mindestens zehnjähriger rechtmäßiger und ununterbrochener Aufenthalt in Österreich, davon mindestens fünfjährige Niederlassungsbewilligung“*. Wie viele russische Staatsbürger, die die österreichische Staatsbürgerschaft im Zeitraum 2001-2021 in Tirol erhalten haben, haben dieser Voraussetzung nicht entsprochen?
- 35.) Warum haben sie trotzdem die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten?
- 36.) Abweichungen von dieser oben genannten Voraussetzung bestehen *„bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft aufgrund eines Rechtsanspruches (u.a. an Personen, die im Besitz einer EU-/EWR-Staatsangehörigkeit sind)“*. Wie viele russische Staatsbürger, die die österreichische Staatsbürgerschaft im Zeitraum 2001-2021 in Tirol erhalten haben, haben sie aufgrund dieses Rechtsanspruches erhalten?
- 37.) Hat es im Zeitraum 2001-2021 Interventionen bzw. Wünsche von dritter Seite gegeben, um russischen Staatsbürgern die österreichische Staatsbürgerschaft zu ermöglichen?
- 38.) Wenn ja, in wie vielen Fällen?
- 39.) Wenn ja, wer hat interveniert oder derartige Wünsche ausgesprochen?

40.)Haben russische Staatsbürger im Zeitraum 2001-2021 in Tirol aufgrund besonderer sportlicher, kultureller oder wirtschaftlicher Leistungen die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten?

41.)Wenn ja, wie viele?

42.)Wenn ja, wer konkret?

Innsbruck, am 10. März 2022